

Land stellt Klima ins Zentrum politischer Entscheidungen

Rot-grüne Koalition in Niedersachsen will künftig sämtliche Gesetze und Investitionen auf ökologische Nachhaltigkeit überprüfen. Auch Kommunen müssen einen Klimacheck durchführen

VON MARCO SENG

Hannover. Niedersachsen wird voraussichtlich noch in diesem Jahr den von der rot-grünen Landesregierung geplanten Klimacheck einführen. Alle Gesetze, Investitionen, Förderprogramme und Verordnungen des Landes sollen dann im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das Klima überprüft werden. Auch für die Kommunen soll ein solcher Check verbindlich vorgeschrieben werden. Die Landesregierung will zudem die Klimaziele verschärfen.

„Die Klimakrise ist Realität und trifft Niedersachsen hart, wenn wir jetzt nicht handeln“,

sagte Umweltminister Christian Meyer (Grüne) dieser Zeitung. „Durch die Klimaerwärmung gehen wir von einer Verdreifachung der Beregnungsfläche in der Landwirtschaft bis 2030 aus.“ Allein die Deiche zu erhöhen und mehr Wasser in der Fläche zu halten, werde Milliarden kosten.

Die rot-grüne Koalition plant, die Treibhausgasemissionen in Niedersachsen bis 2030 um 75 Prozent zu reduzieren, bis 2035 um 90 Prozent. Bis 2040 soll Niedersachsen klimaneutral sein – fünf Jahre früher als der Bund. „Klimaschutz und Energiewende haben für uns oberste Priorität“, sagte Meyer. „Mit dem

Klimacheck wollen wir dafür unser Handeln zielgerichteter und besser machen.“

Der Klimacheck soll laut Umweltministerium unter anderem zeigen, welche CO₂-Einsparungen etwa der Ausbau von Radwegen, der Moorschutz oder die Reaktivierung von Bahnstrecken bringen. Mit der energetischen Sanierung von Landesgebäuden soll da begonnen werden, wo es die größten CO₂-Einsparpotenziale gibt. Alle Gebäude des Landes sollen bis 2035 klimaneutral sein.

Der Klimacheck werde auch bei Beschaffungen und Auftragsvergaben eine Rolle spielen, hieß es. Laut Klimagesetz

müssen etwa alle Dienstfahrzeuge der Landesverwaltung bis 2030 über „saubere Antriebe“ verfügen. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Polizei verstärkt in E-Mobilität investieren muss.

Auch die Kommunen sollen den Klimacheck durchführen. Sie müssen nach den Plänen von Rot-Grün erstmals für das Jahr 2022 einen detaillierten Energiebericht veröffentlichen mit allen Verbräuchen für Strom und Heizenergie sowie den damit verbundenen Klimaemissionen. Außerdem müssen alle Landkreise und kreisfreien Städte bis Ende 2025 ein Klimaschutzkonzept für die Verwaltung erstellen.